

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 616

Mittwoch, 28. September 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

250 Tage im Amt - und eine echt schwere Krise für Jimmy Morales.....	1
Die meist verwendete Pistole der organisierten Kriminalität hat 9mm.....	3
CSJ schafft Organ zum Schutz der RichterInnen.....	4
Erfolgreicher Einzug von illegalem Besitz und Vermögen.....	4
Nach Überschwemmungen: Erst Ausnahmezustand, dann Ausrufung des Notstands.....	5
Biopsie: Weder korrupt noch ein Dieb.....	6

250 Tage im Amt - und eine echt schwere Krise für Jimmy Morales

Vor nicht allzu langer Zeit stand hier, dass man über die Regierung von Jimmy Morales nicht viel schreiben könne, da einfach nichts geschehe. Das ist inzwischen anders geworden. Die bereits bekannten Skandale um Melgar Padilla und López und die Bespitzelung politischer GegnerInnen durch die Sicherheitsverwaltung des Präsidentialamtes, der 'Einkauf' von Abgeordneten durch die FCN-Nación und der Fall des mutmasslichen Kriegsverbrechers Edgar Justino Ovalle Maldonado werden erweitert durch Korruptionsvorwürfe gegen enge Familienangehörige des Präsidenten Jimmy Morales. Das wiegt besonders schwer, da Morales ja unter der Losung "Weder korrupt noch ein Dieb" gewonnen hatte. Nómada-Chefredakteur Martin Pellecer fragt bereits, wie lange er (und sein Vizepräsident, dem Nepotismus vorgeworfen werden) denn wohl noch im Amt bleiben (können). Neben Pellecer finden sich in dem Potpourri an Fakten Cerigua, El Periódico und Prensa Libre als Quelle.

Die von Jimmy Morales geführte Regierung Guatemalas steht vor einer ihrer schwersten Krisen, seit sie vor acht Monaten ihr Amt antrat. Nun wurde bekannt, dass Staatsanwaltschaft (MP) und CICIG Ermittlungen aufgenommen haben gegen den Präsidentensohn und seinen Bruder wegen Beteiligung an dem Skandal um die ehemalige Leiterin des Grundbuchamtes, Anabella de León (eine der Gründerinnen und schillernde Figur der PP von ex-Präsident Otto Pérez Molina). Der ehemalige Comedy-Star und Unternehmer Morales war als expliziter Kämpfer gegen Korruption angetreten und hatte u.a. auch deshalb die Präsidentschaftswahl überraschend gewonnen. Nun stellt sich womöglich heraus, dass sein Bruder und Unternehmens-Kompagnon an den Selbstbedienungsmentalitäten der vorherigen Regierung eifrig mitgemischt hat. Ein Super-GAU für die Reputation von Jimmy Morales.

Diese Ermittlungen sind das I-Tüpfelchen auf die übrigen Skandale, die in der kurzen Amtszeit (*und - was den Militär Ovalle angeht - schon zuvor*) bekannt geworden sind: Da ist der von der Oppositionspartei UNE angezeigte Staat im Staate innerhalb des Sicherheitssekretariats (SAAS), der soziale Bewegungen bespitzelt haben soll, angeführt von den beiden Wahlkampfstrategen von Jimmy Morales, Herberth Melgar Padilla und Jorge López. Letzterer musste als Leiter der SAAS gehen.

Auch der Vizepräsident Jafeth Cabrera steht im Fokus der Kritik - wegen Nepotismus: er machte seinen Schwiegersohn Francisco Gross Hernández-Kramer zum Botschafter in der Schweiz, seinen Schwiegervater Fernando Molina Girón

zum Botschafter in Spanien. Auch einige Angehörige von Jimmy Morales arbeiten im Sekretariat für Soziale Aufgaben der Präsidentengattin (SOSEP) und im Grundbuchamt [*sic!* - siehe unten, d.Red.].

Eines der ältesten 'Probleme' ist freilich die Nähe von Morales und seiner Umgebung zu dem pensionierten Militär und aktuellen Kongressabgeordneten Edgar Justino Ovalle Maldonado, dem eine Beteiligung an Massakern während des Bürgerkriegs vorgeworfen wird. Gegen acht von 37 Abgeordneten der FCN-Nación laufen Ermittlungsverfahren, etwa wegen Diskriminierung und Amtsmissbrauch gegen die Gouverneurin von Alta Verapaz, Estela Ventura.

Und nun die Anschuldigungen gegen seinen Sohn und Bruder wegen der Beteiligung an fingierten Rechnungen für Leistungen, die nicht erbracht wurden - das zerstört das Image des Präsidenten zusehends. (Cerigua, 17. Sept.)

Warum könnte das der Anfang vom Ende von Jimmy (und Jafeth) sein?

Ein Tsunami überschwemmte die Familie des Präsidenten Jimmy Morales. Gegen seinen ältesten Sohn Juan Manuel Morales, gerade mal 19 Jahre alt, gegen seinen Bruder und Kompagnon Sammy Morales und gegen seinen Freund und Kongressabgeordneten Gilmar Othmar Sánchez laufen Ermittlungen von CICIG und MP, um festzustellen, ob sie von einem Korruptionsfall der Regierung der PP im Jahre 2013 profitierten. Das ist das, was wir bisher über einen Fall wissen, der das Risiko in sich birgt, die (eh) geringe politische Macht von Morales (und seiner Regierung) zu beenden.

Wie bereits in vielen Korruptionsermittlungen geschehen, wird schnell aus einem begrenzten Fall ein ganz grosser. Ein Telefonanruf in Bezug auf den Fall des Zollbetrugs der Bande La Línea führte zur Aufdeckung der Struktur der Kooption des Staates oder des Falls der Steuerflucht des Stahlunternehmens Aceros de Guatemala.

Bei aller Unterschiedlichkeit im Detail, ein Teil des Falls "Nutzung der Grundbuchamts als Selbstbedienungsladen" führt in die engsten Zirkel des Präsidenten. Die schillernde Kassiererin und Frontfrau der PP, Anabella de León, wird beschuldigt, sich auf verschiedene Art und Weise am Haushalt des Amtes bedient zu haben: erstens durch die Einstellung von Scheinangestellten, durch rechtswidrige Verträge bei der Beschaffung von technischer Ausstattung und durch die Ausstellung von Rechnungen für Veranstaltungen, die gar nicht stattgefunden haben. Und bei dem letzten Punkt kommt die Präsidentenfamilie ins Spiel.

Jimmy und Sammy Morales haben in ihrem Leben alles gemeinsam gemacht. Sie wuchsen gemeinsam auf und wurden zu erfolgreichen Unternehmern. Ihre Firma für Unterhaltungsprogramme belieferte als Monopolist die offenen TV-Kanäle und offerierte Theaterabende im Restaurant Fulanos y Menganos. Sie waren so erfolgreich, dass Jimmy Morales, freilich ohne Details offenzulegen, erklärte, dass er bereits vor seinem Amtsantritt als Präsident ein Vermögen von etwa 8 Mio. Quetzales (etwa 1 Mio. Dollar) besitze. Aber wie es scheint, einiges von dem Familienvermögen wurde durch korrupte Geschäfte mit der alten Regierung verdient oder durch Steuervermeidung, was durch das Ausstellen von falschen Rechnungen ermöglicht wurde. Dazu liefern die jetzigen Ermittlungen von MP und CICIG starke Indizien. *(Nómada, 14. Sept.)

Falsche Rechnungen

Es handelt sich um einen typischen Fall von Korruption. Man fingiert eine Konkurrenz zwischen drei Angeboten, um ein Produkt unterhalb des Limits von 90.000 Quetzales (= 10.500 €) zu erstellen, das keine öffentliche Ausschreibung erforderlich macht. In diesem Fall sagte die Leiterin des Grundbuchamtes Annabella de León, dass es eine Versammlung, ein Frühstück oder eine Weihnachtsfeier in dem Restaurant Fulanos y Menganos geben werde, "um die Qualität der MitarbeiterInnen im Jahre 2013 zu bewerten". Und dazu müssten auch Stühle gemietet werden (obwohl es dort welche gibt, siehe <http://www.soy502.com/articulo/jimmy-morales-tambien-tiene-relacion-fulanos-menganos-5313>), um weitere 90.000 Quetzales ausgeben zu können.

Damit das Amt solche Käufe tätigen kann, muss sie um die Autorisierung der Nationalen Grundbuch-Kommission bitten, aber die Leiterin Annabella de León fand einen Weg, wie sie diesen Schritt umgehen kann, indem sie am 13. November 2013 einen Zusatz in den Kollektivvertrag über die Arbeitsbedingungen einfügte, der besagte, dass jede/r MitarbeiterIn jährlich eine (Weihnachts-)Kiste erhält und einen Schweine- oder Putenschenkel. Nur gab es eben - wie in vielen Korruptionsfällen - weder ein Frühstück, noch eine Versammlung oder eine Weihnachtsfeier, sondern eine Fiktion. Dieser Fall ist bekannt als "Selbstbedienungsladen Grundbuchamt" und hat inzwischen zu 18 Strafverfahren und Untersuchungshaft geführt, unter anderem gegen De León.

Zwei Gerichtsquellen von Nómada erklären, wie an dieser Fiktion, diesem Raub am Staatsgeld, der Sohn und der Bruder des Präsidenten beteiligt waren: Der Sohn von Jimmy fragte seinen Onkel Sammy, ob er ihm einige falsche Dokumente geben könne, die so tun, als ob drei Unternehmen bezahlt hatten und dass die Nutzniesser das Restaurant Fulanos y Menganos sei. Das Problem daran ist, dass ein solches Fingieren illegal ist. Und danach müssen wir den Sohn und den Bruder des Präsidenten beurteilen. Also der Diebstahl von 180.000 Quetzales (ca. 21.000 €). Das ist nichts im Vergleich zu den 18 Mio. Quetzales (2,1 Mio. €), die das Restaurant beim Verkauf an den Staat erbrachte - oder die 1 Mio. Quetzales (116.000 €), die beim Verkauf der audiovisuellen Produktionsfirma von Jimmy und Sammy erzielt wurden.

[*Kehren wir mit einem Einschub aus Prensa Libre zu dem Fall von José Manuel und Sammy Morales zurück, d.Red.:*]

In einer ZeugInnenaussage vor der Staatsanwaltschaft erklärten Estrada Garcia und ihr Ehemann Mario Orellana, beide KleinhändlerInnen, dass sie 585 Weihnachtstkisten im Wert von je 365 Quetzales (etwa 42 €) lieferten, aber statt der 213.525 Quetzales (etwa 24.800 €) nur eine Zahlung von 90.000 Quetzales (etwa 10.500 €) erhielten. Diese ersten 90.000 € wurden durch eine Rechnung vom 2. Dezember 2013 storniert, die José Manuel Morales durch seinen Onkel Sammy Morales im Namen der Firma Carnes y Ensaladas, S. A. (Fulanos & Menganos) ausstellte. In der Rechnung stand, dass der Gegenstand der Rechnung 564 Frühstücke für das Personal des Grundbuchamtes seien. Sammy Morales stellte am 5. Dezember eine Rechnung im Namen seiner Firma Plus Espectáculos y Promociones, S. A. aus, betreffend der Lieferung von 564 Weihnachtstkisten für den Betrag von 89.958 Q (etwa 10.450 €). Beide wurden am 9. Dezember bezahlt. Die Händlerin Estrada Garcia erklärte in ihrer Aussage, dass ein gewisser Edwin Ariel Garcia sie wegen dieser Lieferung angesprochen hätte. Dieser kannte sie, da sie ihm in einem Friseurladen eine Lotion verkauft hatte. Im November 2013 bat Garcia sie, einige Weihnachtstkisten zu liefern, was sie zusagte. Es gab jedoch keinerlei Rechnung. 2014 schickte Estrada Garcia, die sich auf die Rechnungen verliess, eine Rechnung über 35.150 Quetzales für 19 Weihnachtstkisten. Alle drei Rechnungen kommen zusammen auf 583 Weihnachtstkisten, fast jene 585, die das Ehepaar vor der Staatsanwaltschaft nannte. Es wurden insgesamt 215.108 Quetzales (knapp 25.000 €) bezahlt, also 1.583 Quetzales (knapp 184 €) mehr als anfangs berichtet wurde.

Das Restaurant seines Freundes (und der zweite Schwindel)

Fulanos y Menganos ist nicht irgendein Unternehmen. Es ist das Restaurant, von dem aus Jimmy Morales im April 2015 seine Präsidentschaftskampagne startete, wo er der Presse Interviews gab, auch der *Nómada* im Juli 2015. Es ist das Restaurant, in dem er mit seinem Bruder in Theaterstücken spielte. Und es gehört dem Abgeordneten der FCN-Nación, Gilmar Othmar Sánchez, der auch sein enger Freund ist, wie *Soy 502* heraus fand. Die Zeitung *El Periódico* versichert, allerdings ohne entsprechende Dokumente vorzulegen, dass die Brüder Jimmy und Sammy Anteilseigner von Fulanos y Menganos seien. Eine Tatsache ist in jedem Fall, dass Sammy und Jimmy im Zusammenhang mit Verträgen für den Film "Juan Gerard" während der Regierungszeit der UNE einen weiteren Schwindel begingen (also das Aufsplitten von Rechnungen, um Steuern zu vermeiden). Auch an diesem soll eine andere Firma von Gilmar Othmar Sánchez beteiligt gewesen sein. Das heisst, es wäre nicht das erste Mal, dass Unternehmen von Sammy Morales (und Jimmy und Sánchez) schwindelten, um staatliche Mittel zu erhalten. Am 25. Oktober 2015 gab Sammy nach dem Wahlsieg seines Bruder ein Interview, bei dem es auch um die Verträge in Zeiten der UNE ging. Er antwortete, dass er zu gegebener Zeit sich zu dem Thema äussern werde, aber zugleich versicherte, "dass eine Untersuchung zu Tage bringen würde, dass alles gesetzlich korrekt abgelaufen wäre." Bis heute hat er sich dazu nicht geäussert. Auch nicht zu den aktuell aufgetauchten Rechnungen für das Grundbuchamt.

** Letztes Update am 14.09., 10.15 Uhr; damals war zwar klar, dass es sich um rechtliche Dokumente handelt, aber es war noch nicht klar, ob es sich um Rechnungen handelt.*

Die meist verwendete Pistole der organisierten Kriminalität hat 9mm

Guatemala, 19. Sept. Aufgrund ihrer Eigenschaften und ihrem Preis sind die Pistole, Kaliber 9mm und der Revolver, Kaliber 38mm die am häufigsten verwendeten Waffen bei Verbrechen und daher auch jene, die in den grössten Mengen ins Land geschmuggelt werden. Dies berichten eine Untersuchung der Nationalen Polizei (PNC) und weitere Experten. Nach Polizeiangaben war die Pistole, Kaliber 9mm, die am häufigsten beschlagnahmte Waffe, insbesondere bei Bandenmitgliedern. Einer der Gründe dafür ist, dass diese Pistole in fünf Teile zerlegt werden kann: den Knauf, den Trichter, das Magazin, die Rückholfeder und der Lauf, die mit anderen Waffen ausgetauscht werden können, wenn sie von der gleichen Marke und dem gleichen Kaliber sind. Aufgrund der mangelnden Kontrollen in anderen Ländern kursiert dieser Waffentyp auf dem internationalen Schwarzmarkt. Die VerbrecherInnen versuchen Beweise, dass mit ihrer Waffe Taten begangen wurden, dadurch zu verschleiern, dass der Lauf der Waffe gegen andere ausgetauscht wird. Viele sind so geschickt, dass die die Waffe in Sekunden zerlegen und neu zusammensetzen können. "Durch diesen Schachzug wird versucht, den Nachweis der Verbrechen zu erschweren, obwohl die ballistischen Spuren stets in der Waffe verbleiben", sagt eine/r der AutorInnen der Polizeistudie.

Statistiken

Die Direktion für die Kontrolle von Waffen und Munition (Digecam) lagert 55.000 Feuerwaffen verschiedener Kaliber,

die sie in den vergangenen Jahren beschlagnahmt hat.

- In diesem Jahr hat das Institut für Forensische Studien (INACIF) 14.637 ballistische Spuren an 2.273 Waffen bearbeitet, die Mehrzahl im Zusammenhang mit Verbrechen.
- Legal kostet ein Revolver zwischen 4.000 und 5.000 Quetzales (ca. €), auf dem Schwarzmarkt liegt er tendenziell niedriger. Der Revolver hinterlässt keine Patronenhülsen an den Orten, an denen die sie abgefeuert wurden, denn die Hülsen und die ballistischen Spuren verbleiben in der Waffe.
- Eine Kiste mit Munition für Pistolen, Kaliber 9mm mit 50 Einheiten kostet legal etwa 150 Quetzales (ca. €).
- 8. 474 Waffen verschiedenen Kalibers hat die Digecam von Januar bis Juni registriert, während im Jahre 2014 32.000 legalisiert wurden.
- Eine Pistole 9mm kann in weniger als einer Minute zusammengebaut und in der gleichen Zeit wieder zerlegt werden.
- Dieser Waffentyp wurde vor allem in Operationen gegen die Gangs Barrio 18 und Mara Salvatrucha beschlagnahmt.

Schmugglerwege

General Ronaldo Leiva, ein Waffenexperte, der bereits einige diesbezügliche Studien gemacht hat, erklärte, dass der Waffenschmuggel aus den USA Richtung Mexiko, Guatemala, El Salvador und Honduras weiterhin anhalte. Die Wege variierten, aber die Hauptdurchgangsstation sei die grüne Grenze zwischen Mexiko und Guatemala, wo die Waffen in Bündel auf Pferde und Esel verladen würden. Die 9mm wird häufig in Teilen über die Grenze geschmuggelt, was das Vorgehen sehr vereinfacht, denn so sind einige Mitglieder einer Bande eingebunden und können die einzelnen Teile in ihrer Kleidung oder Gepäck verstecken und verkaufen. Auf dem Schwarzmarkt kostet eine 9mm-Pistole zwischen 1.000 und 1.500 Quetzales und wenn sie bei einem Verbrechen gebraucht worden ist, wird sie billiger, da der BesitzerIn sich dem Beweisstück entledigen muss, ohne dass der KäuferIn es mitbekommt. "Es handelt sich dann um geschmuggelte Waffen, wenn sie keine Importerlaubnis haben. Allgemein sind alle diese gebrauchte Waffen", sagt Leiva. (PL)

CSJ schafft Organ zum Schutz der RichterInnen

Guatemala, 22. Sept. Aufgrund der aktuellen Einschüchterungen des Präsidenten des Justizorgans und des Obersten Gerichtshofs (CSJ), sowie gegen verschiedene RichterInnen, entschied der CSJ eine Direktion zur institutionellen Sicherheit des Justizorgans (DSI) zu schaffen, die eine 2012 geschaffene, gleichnamige, Direktion ersetzt. Das Dekret 35-2016 legt fest, dass die DSI die Mission hat, die Prozesse und Massnahmen zum Schutz der RichterInnen und MitarbeiterInnen der Gerichte und Justizorgane zu leiten, zu koordinieren und zu evaluieren, sofern die Situation dies erfordert. Den Mitgliedern der DSI wird es erlaubt sein, Schusswaffen im gesamten Land zu tragen, wenn sie sich im Auftrag der Direktion bewegen. Im Juni diesen Jahres, so Innenminister Francisco Rivas, wurden 48 RichterInnen bedroht (PL)

Erfolgreicher Einzug von illegalem Besitz und Vermögen

Guatemala 19. Sept. Die Abteilung für den Vermögenszug, die der Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen Geldwäsche und ähnlichen Delikte zugeordnet ist, hat erste Erfolge im Kampf gegen die organisierte Kriminalität gemeldet. So habe sie 2015 und 2016 Bargeld und Gegenstände aus illegalen Geschäften im Wert von über 106 Mio. Quetzales (12 Mio. €) eingezogen. *[Das entspricht zwei Dritteln der im 2016er Haushalt vorgesehenen Mittel für das Umweltministerium, d.Red.]*

Ein grösserer Fall erbrachte etwa am 2. August 2,35 Mio. Quetzales (273.000 €), die von Salvador Estuardo González Álvarez (*alias Eco, Mitglied von "La Línea"; er wird auch beschuldigt, ein Attentat auf Oberstaatsanwältin Thelma Aldana geplant zu haben, d.Red.*) stammten und am 16. April 2015 in einem Haus in der Zone 9 der Hauptstadt gefunden wurden. Am 29. Juli diesen Jahres wurden 600.000 US-\$ eingezogen, die am 21. Januar 2016 in einem versteckten Winkel eines Autos gefunden wurden. Am 4. Mai 2016 übernahm der Staat insgesamt 30.000 US-\$, die im Internationalen Flughafen "La Aurora" beschlagnahmt wurden; laut Ermittlungen wurde deren Herkunft nicht angegeben. Diese Beschlagnahme und ähnliche Fälle haben es der Abteilung für den Vermögenszug erlaubt, die Fälle zu verfolgen und zugunsten des Staates das Vermögen einzuziehen.

Wie wird das eingezogene Geld verteilt?

Der Artikel 47 des diesbezüglichen Gesetzes (mit der Nummer 55-2010) bestimmt, wie die eingezogenen Mittel verteilt werden, um den Kampf gegen das organisierte Verbrechen fortzuführen:

- 20 % gehen an die Einheit für spezielle Ermittlungsmethoden (z.B. zur Drogenüberwachung zu Luft und zu Wasser);
- 20 % gehen in Programme der Staatsanwaltschaft zum ZeugInnenchutz und anderen Ermittlungen in Sachen Geldwäsche, Drogenhandel etc.;
- 18 % gehen ins Innenministerium und dient dem Training und Einstellung von Hilfsteams und ins Zentrum für Informationssammlung, -analyse und -weitergabe der Nationalen Polizei (PNC);
- 15 % gehen an das Nationale Sekretariat für die Vermögens- und Einzugsverwaltung für eine effektive Administration;
- 25 % gehen an die Organe der Justiz;
- 2 % gehen an die Generalstaatsanwaltschaft der Nation (Cerigua)

Nach Überschwemmungen: Erst Ausnahmezustand, dann Ausrufung des Notstands

Guatemala, 23. Sept. *Erst gab es ein umstrittenes Dekret [05-2016], dann wurde es wieder zurückgenommen und in einen Notstand umgewandelt, da sowohl in der Bevölkerung als auch in den Medien Kritik an den Bestimmungen laut wurden, die Grundrechte ausser Kraft setzten. Aber der Reihe nach [d. Red.].*

Die Erklärung des Ausnahmezustands angesichts der Regenfällen in Guatemala beinhaltet laut Dekret 05-2016 auch die Einschränkung des Demonstrationsrechts, der Bewegungsfreiheit und der Meinungsfreiheit. Zudem können jene, die die Bestimmungen nicht einhalten, wegen Ungehorsams vor Gericht gestellt werden. Das Dekret erlaubt auch Ankäufe und Erwerb von Gütern und Dienstleistungen ohne Ausschreibung und Rechnungslegung. Diese Massnahmen traten am 20. September durch die Veröffentlichung in der *Diario de Centro America* in Kraft und wurde von Präsident Jimmy Morales, Vizepräsident Jafeth Cabrera und der Mehrheit ihrer MinisterInnen unterzeichnet. Vorgesehene Geltungsdauer: 15 Tage. Es heisst ausserdem in dem Dekret, man könne "die Organe der Medien auffordern, die Veröffentlichung jener Publikationen zu unterlassen, die nach Auffassung der Behörden dazu beitragen könnten oder darauf gerichtet sind, die öffentliche Ordnung zu verändern." Das Recht auf Streik kann ausgesetzt werden, wenn sie politischen Zielen dienen. Zugleich können die Sicherheitskräfte jegliche Versammlung oder öffentliche Demonstration ohne eine vorherige Androhung auflösen.

Reaktionen auf den Ausnahmezustand

Der Menschenrechtsombudsmann, Jorge de León Duque, sagte bezüglich des Ausnahmezustands, er verstehe ja die Zielsetzung der Exekutive bei Notfällen wie den Überschwemmungen tätig werden zu wollen, aber er lehne es ab, die Meinungsfreiheit im Rahmen eines humanitären Notfalls einzuschränken. "Was hat denn das Recht auf freie Meinungsäusserung mit dem Notstand zu tun", fragt Duque und kündigte rechtliche Schritte gegen das Dekret an, sobald seine Rechtsabteilung dieses eingehend analysiert habe. Sowohl der Ombudsmann als der Präsident der Legislative, Mario Taracena (UNE), sprachen mit Präsident Jimmy Morales über den Ausnahmezustand. Man stellt die Frage, ob der Ausnahmezustand unter dem Druck gegenüber Dritten entschieden worden sei. Morales sagte diesbezüglich lediglich, es sei eine Entscheidung der Regierung gewesen.

Drei Instanzen hätten den Generalsekretär des Präsidialamts beraten können, um das Dekret für den Ausnahmezustand zu erarbeiten: Die Nationale Koordination zur Reduktion von Katastrophen (CONRED), da es um eine Naturkatastrophe geht, das Verteidigungsministerium, wenn es um nationale Sicherheit geht, und der Strategische Geheimdienst (SIE), wenn die Möglichkeit einer 'Krise' der Regierung besteht.

Sergio García Cabañas, Mitarbeiter von CONRED, gab in einer Pressekonferenz an, dass er die Punkte kannte, die das Dekret beinhaltet. Der Pressesprecher des Verteidigungsministeriums gab an, dass ihre einzige Funktion es sei, dem Folge zu leisten, was Exekutive und Legislative entschieden haben. (EP)

Auch der Politikwissenschaftler Renzo Rosal zeigte sich besorgt, da dieses Dekret in einer engen Verbindung mit dem öffentlichen Diskurs des Präsidenten Jimmy Morales gegen die nationale Presse und der Wiederaufnahme von Demonstrationen auf dem Platz der Verfassung zu stehen scheint. Das Dekret sei unglücklich, weil es die freie Meinungsäusserung zu begrenzen suche und das in einer unsicheren Zeit, in der die Reaktion darauf die totale Ablehnung sein könnte

und zu einer Mobilisierung wegen der Krise der Exekutive führen könnte, die die Regierenden ja gerade zu verneinen suchen. Zudem könne in einem Notstand mit einem solchen Dekret der Kauf von Waren aus undurchsichtigen Kanälen begünstigt werden.

Für die Präsidentin der Guatemaltekischen JournalistInnenvereinigung (APG), Iliana Alamilla, ist die Massnahme verständlich, solange es darum geht, das Leben der besonders verletzlichen Teile der Bevölkerung zu schützen, aber sie kritisierte zugleich, dass es in dem Dekret Bestimmungen gebe, die das Recht auf Meinungsäußerung einschränke. Das sei - so sagte sie sinngemäss - eine Gefahr für die Demokratie und könne den Weg zu einer Rückkehr zu vordemokratischen Zeiten bereiten. (Cerigua)

Ende des Ausnahmezustands

Die Verhängung des Ausnahmezustands wurde in der Bevölkerung abgelehnt, da er Grundrechte beschränkte und das in einem Moment, als Kritik über die Unfähigkeit der Regierung und der Korruption der Familie von Jimmy Morales laut wurde. Einen Tag später wurde er durch den Vizepräsidenten Jafeth Cabrera wieder aufgehoben. Da Morales sich ausser Landes befand, um an der Generalversammlung der Vereinten Nationen teilzunehmen, lag die Entscheidung bei Cabrera. Cabrera kritisierte den Umgang der Medien und die „typische“ Reaktion der GuatemaltekInnen, die die Absichten der Regierung falsch interpretieren. Mit der Massnahme sollten nicht die Demonstrationen gegen die Regierung verhindert werden, sondern den Notfallsituationen aufgrund der Regenfälle entsprochen werden. CONRED bedauert die Aufhebung, da nun die Einkäufe für die Notfälle schwieriger würden. Laut CONRED werden drei Millionen Personen in 8.000 Orten im Land durch die Regenfälle bedroht. (EP)

Letztendlich Katastrophennotstand

Einen weiteren Tag später setzte sich Vizepräsident Jafeth Cabrera mit seinen MinisterInnen zusammen um den aufgehobenen Ausnahmezustand durch ein anderes Dekret zu ersetzen. Sie kamen zu dem Entschluss, nach fünf Stunden Beratung, einen Katastrophennotstand auszurufen, mit der Begründung der schweren Niederschläge. Dieser erlaube es, genau wie der Ausnahmezustand, Güter und Dienstleistungen ohne vorherige Einholung des besten Angebots und Ratifizierung durch den Kongress einzukaufen. Damit würde den Anforderungen der CONRED entsprochen. Das Finanzministerium hat bereits 10 Millionen Quetzales zum Kauf von Fahrzeugen und Nahrungsmitteln bereitgestellt. Bewegungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit werden nicht eingeschränkt. (EP)

Was trieb Jimmy Morales währenddessen?

Während der Ausnahmezustand zu einem Katastrophenzustand herabgestuft wurde, gab Morales seine erste Rede vor der Generalversammlung der ONU, wo er sich der Welt als „eine Hoffnung“ für die Demokratisierung Guatemalas präsentierte. Ebenso lobte er die Arbeit der CICIG. Es schien, als ob der Amtsträger aus einem Buch vorlese und sein Stolpern in seiner Rede belegte dies. Obwohl sein Bruder und sein Sohn in Korruptionsfälle verstrickt sind, benannte er in seiner Rede das Ziel seiner Regierung, die Moral und das Vertrauen der GuatemaltekInnen in die PolitikerInnen zurückzugewinnen. Morales sagte weiter, dass er als Ergebnis der Proteste 2015 gewählt wurde. Transparenz sei der erste Punkt auf der Liste der fünf Prioritäten. Die weiteren: Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Entwicklung. (EP)

Biopsie. Die monatliche Kolumne von Diana Vasquez Reyna:

Weder korrupt noch ein Dieb

Der Slogan der Präsidentschaftswahlkampagne von James Morales, „Weder korrupt noch ein Dieb“ fliegt ihm nach acht Monaten um die Ohren. Vor einigen Wochen erfuhr die Öffentlichkeit, dass die Staatsanwaltschaft und die Internationale Kommission gegen Straffreiheit gegen den Bruder und den ältesten Sohn, Samuel Morales und José Manuel Morales Marroquín, wegen Korruption im Grundbuchamt ermitteln.

Der Präsident besitzt weder Kontrolle über das, was er von sich gibt, noch das, was er nicht sagt, und bestätigt damit nur, was man schon befürchtete, bevor er gewählt wurde: ein schlechter Politik-Schauspieler zu sein. In den Erklärungen, die er bezüglich des Falls abgegeben hat, versichert er, dass er sich nicht in die Ermittlungen einmischen will, denn er vertraue „den Gesetzen, den Institutionen und den notwendigen Verfahren“. Zugleich schimpft er gegen die Presse,

wenn sie sagen, dass man keine Werbung mehr für die Regierung in den Kommunikationsmedien bringen werde. Damit will er glauben machen, dass die Presse ihn "angreift".

Es scheint, dass in Guatemala die politischen Egos verletzt wurden. Das kann man im ganzen Ausmass anhand der drei Mächte des Staates erkennen und deren Wahl eines guten Moments, um die verfassungsmässigen Garantien zu streichen. Das geschah nämlich, als die Regierung einen Ausnahmezustand aufgrund der "starken und anhaltenden Niederschläge" ausrief. Die Kommunikationsmedien zitierten ExpertInnen, die belegten, dass mit dieser Massnahme geschickt drei verfassungsmässige Garantien ausgesetzt werden: die Bewegungsfreiheit, das Recht auf Demonstration und die Meinungsfreiheit.

Die Presse zeigt ausserdem auf, dass der Ausnahmezustand "die Möglichkeit eröffnet, Einkäufe zu tätigen ohne Angebotsvergleiche oder öffentliche Vergaben nutzen zu müssen, politische Praktiken der alten Schule und die immer damit enden, dass Millionen von Quetzales für überbeuerte Produkte oder Dienstleistungen ausgegeben werden. Die Korruption soll weiterhin der Normalzustand im Land bleiben.

AnalytikerInnen heben hervor, dass der Korruptionsfall in der Präsidentenfamilie die Regierung von James Morales und Jafeth Cabrera verletzlicher und kritikwürdiger macht. Es kursieren sogar schon Gerüchte über mögliche Präsidentschaftspärchen, die deren Platz einnehmen könnten, und darauf hoffen, dass sich das nicht in einen Teufelskreis von noch mehr Krisen verwandelt.

Die Maskerade von "weder korrupt noch ein Dieb" hat mehr als nur ein paar Risse bekommen; die Reputation von James Morales befindet sich auf dem Sturzflug. Man braucht nur noch abzuwarten, welcher Tropfen das Fass zum Überlaufen bringt - und die gewählte Regierung ruhmlos von der Macht schwemmt und eine nächste an die Macht spült.

Die Regierung hob den Ausnahmezustand am nächsten Tag auf, da es von allen Seiten aus betrachtet eine illegale Massnahme war. Die Entscheidungen der Regierung sind sprunghaft und ziellos, wie schon zu Amtsantritt.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Achtung: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6